UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
DEC 30 1936
LIBRARY

Nacht-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro Ges. m. b. H.

(Alles Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Dienstag, 8. Dezember	Nr. 1643

Graf Schwerin von Krosigk über Finanzfragen.

Berlin, 8. Dezember. In der Verwaltungs-Akademie sprach am Dienstag innerhalb der Vortragsreihe „Die öffentliche Verwaltung im Dritten Reich" der Reichsminister der Finanzen **Graf Schwerin von Krosigk** über „Finanzfragen der Gegenwart".

In einem Gesamtüberblick über die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit faßte er das Urteil dahin zusammen, daß trotz gelegentlich richtiger Ansätze im allgemeinen die Scheu vor der Wirklichkeit und vor notwendigen harten Entschlüssen und das Bestreben kennzeichnend gewesen seien, nach Behelfsmitteln und bequemen Auswegen zu suchen. Das sei in der, übermäßigen Hereinnahme von Auslandskrediten wie in der Erfüllungspolitik, in der Behandlung der Sozialfrage wie in der Subventionspolitik zum Ausdruck gekommen. An die Stelle dieser auch die Deflationsperiode beherrschenden Passivität sei mit der Machtübernahme durch Adolf Hitler eine starke Aktivität getreten, die die Finanz- und Wirtschaftspolitik in den Rahmen und Dienst der Gesamtpolitik der Reichsregierung gestellt habe.

Zum ersten Male sei diese neue aktive Finanzpolitik in dem großen Programm hervorgetreten, mit dem die Reichsregierung im Frühjahr 1933 den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eingeleitet habe. Während die Wechselwirkungen zwischen öffentlichen Finanzen und Wirtschaft sich bisher vor allem in einer durch die Krisenempfindlichkeit der Weltwirtschaft und das Gesetz der steigenden Staatsausgaben immer stärker in Erscheinung tretenden Konjunktursbedingtheit der öffentlichen Finanzen gezeigt hätten, habe die Reichsregierung in ihrem Programm umgekehrt das Ziel angestrebt und auch erreicht, durch Maßnahmen der Finanz- und Wirtschaftspolitik eine Belebung der Wirtschaft, eine neue Konjunktur zu entfachen.

Der Minister gab einen Ueberblick über die verschiedenen Phasen des gegen die Arbeitslosigkeit geführten Kampfes und die bisher in diesem Kampf erzielten Erfolge. Zu allen Zeiten habe sich erwiesen, daß auf die Dauer eine blühende Wirtschaft nur in der sicheren Hut des Wehrschutzes gedeihe, und daß Kinderreichtum einer der stärksten Motoren wirtschaftlichen Fortschritts sei.

Die Wirtschaftsbelebung habe einen stark vermehrten Rohstoffbedarf hervorgerufen, der zwangsläufig zum Vierjahresplan geführt habe. Dieser nötige uns zu einer noch verstärkten Konzentrierung aller Kräfte und der finanziellen Möglichkeiten auf die großen nationalpolitischen Ziele.

Der Minister erläuterte diese Gedanken an dem Beispiel des die Steuerüberweisungen an Länder und Gemeinden begrenzenden Plafondsgesetzes und der die Finanzierung des Baus der Reichsautobahnen sichernden Benzinzollerhöhung, und wies hierbei auf die Bedeutung der kürzlich verkündeten Realisierungsmaßnahmen hin.

Der Erfolg der deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik hänge wesentlich davon ab, ob es gelänge, die Mengenkonjunktur nicht in eine Preiskonjunktur umschlagen zu lassen. Die notwendige Tätigkeit des Preiskommissars müsse durch das Bestreben der Wirtschaft unterstützt werden, jede nur mögliche technische Verbesserung zu Preisherabsetzungen auszunutzen. Das fördere nicht nur unsere Konkurrenzfähigkeit im Auslande und damit unsere Exportaussichten, sondern steigere vor allem auch den Inlandsabsatz. Der Konsumbedarf eines Volkes sei aber tatsächlich unbegrenzt. An der Steigerung dieses Konsums und der Belebung der Konsumgüterindustrien liege eine der Zukunft die Möglichkeit der Erhaltung der Wirtschaftskonjunktur.

Der Minister ging dann auf die Aenderung der Wirtschaftsauffassung ein, die mit dem politischen Umbau in Deutschland verbunden sei. Die starke Betonung des Gedankens der Pflicht, was sie sich in der Erhöhtsatzerhebung und der Ehrengerichtsbarkeit niedrige, die Verwendung von Steuerhinterziehungen als eines Unrechts an der Allgemeinheit, der sich wieder allem deutschen Rechtsempfinden nähernde Begriff des Eigentums als einer Verpflichtung, die stärkere Verbundenheit zwischen Betriebsführer und Gefolgschaft, die Wiedereinführung des Staates in das Recht und die Pflicht, die Wirtschaft zu lenken und ihr die Ziele zu setzen, seien die kennzeichnenden Merkmale einer solchen Gesinnungswandlung. Der Minister schloß mit einem starken Appell an die Verantwortung und Verpflichtung jedes Einzelnen zu opferwilliger und hingebender Mitarbeit.

Eine plumpe Fälschung.

Berlin, 8. Dezember. Mit welch plumpen Methoden gewisse jüdische Kreise des Auslandes arbeiten, um Deutschland zu verdächtigen, geht aus einer vom **Schwarzen Korps** angeprangerten ausländischen Meldung hervor.

Die Meldung nimmt auf ein fürstlich in der deutschen und ausländischen Presse veröffentlichtes Bild Bezug, das Soldaten der spanischen Nationalregierung darstellt, wie sie in Burgos von einem Lastkraftwagen aus Brot an die notleidende Bevölkerung verteilen. Dieses Bild hat sich die in London erscheinende Korrespondenz The Week vorgenommen, um aus diesem Dokument der Menschenfreundlichkeit ein „Beweisstück" für die angeblich der Wahrheit ins Gesicht schlagende Methoden der deutschen Propaganda zu machen. Auf Grund einer „sorgfältigen Untersuchung" habe man, so schreibt die Londoner Korrespondenz, feststellen können, daß das Nummernschild des Kraftwagens die Bezeichnung II A4523 trage. Dies sei aber eine deutsche Numerierung. „Die Nachforschungen" es auch gelungen, den Eigentümer des Wagens festzustellen, der niemand anderer als die Bavaria-Film-Gesellschaft sei.

Der Zweck dieser Behauptungen ist klar. Es soll damit der Eindruck erweckt werden, daß gewissermaßen Atelieraufnahmen einer deutschen Filmgesellschaft dazu dienen sollen, in der Welt Stimmung für die bösen spanischen Nationalisten zu machen.

Diese Absicht ist gründlich danebengelungen. Eine genaue Prüfung des Lichtbildes hat nämlich ergeben, daß die Wagennummer richtig NA 4523 lautet. Jeder Kraftfahrer weiß, daß NA das Kennzeichen der spanischen Provinz Navarra ist. Dazu kommt noch, daß die Aufnahme von dem französischen Bildnachrichtenbüro „Fulgur" stammt, das bestimmt nicht in dem Geruch steht, Fälschungen zugunsten der deutschen Nationalisten zu verbreiten, wie es die Korrespondenz „The Week" zugunsten der Kommunisten tut.

Kommunistenverhaftungen in Danzig.

Danzig, 8. Dezember. Nach längeren Beobachtungen konnte die Danziger Kriminalpolizei in den letzten 14 Tagen eine große Anzahl von Kommunisten festnehmen. Diese hatten nach den bisherigen polizeilichen Ermittlungen unter dem Namen „Spartakus-Bund" einen Geheimbund aufgezogen und unterseinander Beiträge erhoben, die für die „Rote Hilfe" bestimmt waren. Auch hatten die Kommunisten Flugblätter, verbotene Zeitschriften und Bücher an Personen verteilt, die ihnen als Anhänger der Opposition bekannt waren.

Deutsche Buchausstellung in London.

London, 8. Dezember. In den Räumen des deutschkatalonischen Austauschdienstes in London wurde am Dienstag nachmittag durch den Gesandten Woermann eine deutsche Buchausstellung eröffnet, die eine sorgfältige Auslese aus den vielen tausend Büchern darstellt, die in den letzten zwölf Monaten in Deutschland erschienen sind. Die etwa 600 Bücher umfassende Ausstellung enthält Werke aller Lebensgebiete und gibt einen guten Ueberblick über die moderne deutsche Literatur.

In einer kurzen Ansprache umriß Gesandter Woermann, der für Botschafter von Ribbentrop erschienen war, Zweck und Bedeutung der Ausstellung, der auch von englischer Seite reges Interesse entgegengebracht wird.

Noch kein italienisch-englisches Mittelmeer-Uebereinkommen.

London, 8. Dezember. Wie Reuter aus Rom berichtet, hatte der britische Botschafter in Rom, Sir Eric Drummond, am Montag abend eine weitere Unterredung mit dem italienischen Außenminister Grafen Ciano. Die am Montag in Rom verbreiteten Gerüchte über ein englisch-italienisches Uebereinkommen in der Mittelmeerfrage würden jedoch in unterrichteten politischen Kreisen Roms als unrichtig bezeichnet.

Kardinalerzbischof Hlond über die bolschewistische Gefahr.

Budapest, 8. Dezember. In einer Unterredung mit dem Warschauer Vertreter des Pester Lloyd wies der Kardinalerzbischof von Polen, Hlond, nachdrücklich auf die Bedrohung Europas durch den Bolschewismus hin und auf die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses aller europäischen Staaten zur Abwehr dieser Weltgefahr.

Kardinalerzbischof Hlond äußerte sich folgendermaßen: „Die letzte und entscheidende Ursache der heutigen Unruhen in Europa liegt in dem Willen der kommunistischen Internationale, ihre umstürzlerischen Bestrebungen auf dem Wege über einen neuen Weltkrieg zu verwirklichen. Nach den Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte ist dies für den Bolschewismus der heute einzig gangbare Weg. Die erdrückende Mehrheit der zivilisierten Welt, alle diejenigen, die nicht an das Heil durch die Sowjets glauben, müssen sich jetzt mit gesammelten Kräften gegen diese Gefahr zur Wehr setzen.

Im Falle einer endgültigen Ausschaltung der vernichtenden Kräfte der kommunistischen Internationale würde der Friede Europas heute weder von innen her noch in den Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten ernsthaft bedroht sein. In allen Staaten herrscht heute der gute Wille, die Gegensätze zu lokalisieren und beizulegen. Wenn aber heute irgendwo ein Brand ausbricht, so weiß man, daß er durch einen von außen her eingeführten Brennstoff genährt wird, dessen Ursprung sofort zu erkennen ist."

Der Kardinalerzbischof betonte dann die internationale Bedeutung der Ausgleichs zwischen Deutschland und Polen und stellte fest, daß der deutsch-polnische Nichtangriffspakt von 1934 die Möglichkeit eines auf gegenseitiger Achtung beruhenden gutnachbarlichen Nebeneinanderlebens der beiden Völker geschaffen habe. Ihm Gegenstand dazu sei das zwischen Polen und Sowjetrußland abgeschlossene Abkommen nicht zu tadeln, weil die III. Internationale den Frieden nicht anerkennt, den das Moskauer Außenministerium nur nach außen hin einhält.

Polen ist heute, erklärte Kardinal Hlond, von beiläufichen Feinden überflutet, die gegen den Staat und für die bolschewistische Revolution arbeiten. Diese Brandstifter werden von der Kommunistischen Internationale entsandt, bezahlt und beschützt. Polen will heute keinen Krieg mit Sowjetrußland führen, aber es befindet sich in einem Zustand ständiger Alarmbereitschaft.

Die außen- und innenpolitische Haltung Polens sei zunächst durch den entscheidenden Wunsch beherrscht, die Kommunistische Internationale und deren sowjetrussische Exekutivorgane von Mitteleuropa fernzuhalten, dessen östlichen Vorposten Polen und Ungarn bilden.

Der Kardinal schloß die Unterredung mit der Erklärung: „Heute ist Gefahr im Verzuge. Der europäische Friede ist krank. Eine furchtbare Katastrophe wird unweigerlich hereinbrechen, wenn nicht die Brandherde rechtzeitig gelöscht werden, die von den unerbittlichen Feinden des Friedens, der Ordnung und der christlichen Weltanschauung immer wieder aufs Neue entfacht werden."

Neue Zusatzkredite für Heer und Luftwaffe in Frankreich.

Paris, 8. Dezember. Nachdem erst im September dem Kriegsminister und dem Luftfahrtminister vom französischen Ministerrat Zusatzkredite in Höhe von rund 1700 Millionen Franken für die Landesverteidigung bewilligt worden waren, ist jetzt in der Kammer ein neuer Zusatzkredit in Höhe von 1690 Millionen Franken in Form eines Gesetzentwurfes beantragt worden.

Französisch-jugoslawischer Handelsvertrag unterzeichnet.

Belgrad, 8. Dezember. Dienstag nachmittag wurde hier vom französischen Handelsminister Bastid und vom jugoslawischen Handelsminister Dr. Urbanitsch der neue französisch-jugoslawische Handelsvertrag unterzeichnet. In der amtlichen Mitteilung hierüber heißt es, daß er eine wesentliche Erweiterung des Güteraustausches zwischen den beiden Staaten ermögliche.

Die britische Unterstützung Frankreichs vor dem Unterhaus.

London, 8. Dezember. Der Abgeordnete **Mander** (liberal) fragte im Unterhaus den Außenminister, ob die britische Bürgschaft für eine Unterstützung Frankreichs im Falle eines nicht herausgeforderten Angriffs sich auch auf die französischen Kolonien erstrecke.

Unterstaatssekretär **Cranborne** antwortete, der Außenminister habe bereits in seiner Antwort am 2. November darauf hingewiesen, daß die Bürgschaften, die sich aus dem Vertrage von Locarno ergeben, durch den Wortlaut des Vertrages sich klar auf Europa beschränkten.

Mander wollte hierauf weiter wissen, ob die von Frankreich England zugesagte Hilfe auch für die britischen Kolonien gelte oder ob sie nur auf die britischen Inseln Anwendung finde.

Cranborne erklärte darauf, das sei eine ganz andere Frage. Wenn Mander sie schriftlich einbringe, werde er auch eine Antwort erhalten.

Beilegung des Zwischenfalls in Tsingtau.

Peiping, 8. Dezember. Wie aus Tsingtau berichtet wird, soll es zwischen dem Bürgermeister von Tsingtau und dem japanischen Generalkonsul am Montag abend zu einer Verständigung gekommen sein. Daraufhin wurde ein Teil des Landungskorps am Dienstag wieder eingeschifft, der Rest soll am Mittwoch abtransportiert werden. Die chinesischen Behörden übernehmen die Garantie für die Sicherheit des japanischen Eigentums. Der Tsingtauer Bürgermeister und der japanische Generalkonsul werden sich gemeinsam für die Wiederherstellung des Friedens zwischen den japanischen Arbeitgebern und den chinesischen Arbeitnehmern einsetzen.

Zusammenfassung der japanischen Rüstungsindustriearbeiter.

Tokio, 8. Dezember. Das Kriegsministerium, das bekanntlich allen Arbeitern in den Militärwerkstätten den Anschluß an die Arbeitsfront untersagt hat, plant nunmehr die Erfassung aller Arbeiter der Rüstungsbetriebe in halbmilitärischen Verbänden unter besonderen Führern und Unterführern. Diesen Verbänden obliegt auch die Förderung ihrer Mitglieder auf dem Gebiet der geistigen und körperlichen Ertüchtigung.

Tokioter Kundgebung für das deutsch-japanische Abkommen.

Tokio, 8. Dezember. Am Dienstag abend veranstalteten 2000 Mitglieder der nationalen Arbeiterverbände einen Fackelzug zur Feier des deutsch-japanischen Abkommens. Der Zug bewegte sich durch das Regierungsviertel, am Außenamt, am Kriegs- und Marineministerium vorbei zur Deutschen Botschaft und dann zum Kaiserpalast, wo drei „Banzais" ausgebracht wurden.

Vor der Deutschen Botschaft wurden Ansprachen gehalten, in denen die Genugtuung über das Abkommen und die Hoffnung auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit zum Ausdruck gebracht wurden.

Für den erkrankten Botschafter dankte Botschaftsrat Dr. Roebel den japanischen Arbeitern für die Beweise ihrer freundschaftlichen Gesinnung, die umso freudiger empfunden würde, da sie gerade den in der Deutschen Arbeitsfront zusammengeschlossenen Arbeitern des neuen Deutschland gelte.

Japanisch-deutsche medizinische Gesellschaft in Tokio.

Tokio, 8. Dezember. Dienstag abend fand im Deutschen Haus in Tokio unter stärkster Beteiligung die Gründungsversammlung der „Deutsch-japanischen medizinischen Gesellschaft" statt. In Ansprachen wurde die Bedeutung der deutschen Wissenschaft für die Entwicklung der japanischen Medizin hervorgehoben. Man beschloß die Zusammenarbeit beider Länder auf kulturellem Gebiet. Der wissenschaftliche Austausch soll gleichzeitig der Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen dienen.

Sowjetdampfer von japanischer Marine angehalten.

Tokio, 8. Dezember. Der Sowjetdampfer Kraßin, 4500 Tonnen groß, wurde an der Südwestküste Hokkaidos von der japanischen Marine festgehalten. Das Schiff soll unerlaubt eine befestigte Seezone angelaufen haben. Ein Zerstörer und ein Flugzeug der Flottenstation Ominato wurden zur Untersuchung entsandt.

Große Fälschungen chinesischer Banknoten geplant.

Tokio, 8. Dezember. Großes Aufsehen erregte die Verhaftung von Mitgliedern einer internationalen Fälschungsbande in Yokohama. Beteiligt sollen Amerikaner, Franzosen, Dänen, Westrussen und Japaner sein. Führ von den bisher verhafteten Personen, ein französischer Rechtsanwalt, der bei einer Botschaft in Tokio angestellt sein soll, ferner zwei Dänen und zwei Japaner, frühere Bankdirektoren und Beamte im Hofministerium, sollen nach Angabe der Nachrichtenagentur Domei in Verbindung mit Bankiers und politischen Persönlichkeiten in China stehen.

Die Hauptbeteiligten sollen in Schanghai tätig sein. Unter ihnen soll sich ein früherer südamerikanischer Handelsattaché namens Omaria befinden, der Schwiegersohn des im Jahre 1925 gestorbenen Zarengenerals Kuropatkin. Zu den anderen Tätern sollen ein Däne, ein Franzose und ein Amerikaner, die Vertreter bekannter Firmen und Theaterunternehmen sind, zu rechnen sein.

Es sollen bereits Maschinen und Druckereien für die Herstellung von 15 Millionen chinesischen Dollarnoten der chinesischen Zentralbank eingerichtet gewesen sein. Das Verbrechen ist durch die Verhaftung eines gewissen Lutta, der dänischer Staatsangehöriger sein soll, aufgedeckt und verhindert worden. Die Polizei habe Lutta bei seinem Eintreffen in Yokohama verhaftet.

Zuchthaus für Devisenvergehen.

Hannover, 8. Dezember. Wegen Verbrechens gegen das Volksverratsgesetz wurde die Witwe Anna Stachowski aus Hildesheim vom Sondergericht Hannover zu 1½ Jahren Zuchthaus, 5000 Mark Geldstrafe und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Ihre 25jährige Tochter Frieda Vockrodt erhielt wegen Devisenvergehens sieben Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe.

Die Mutter hat mit Wissen ihrer Tochter 23 000 Schweizer Franken in einem Kleiderschrank jahrelang versteckt gehalten. Als sie nach Abwertung der Schweizer Währung 20 000 Franken bei einer Bank einwechseln wollte, wurde sie und ihre Tochter festgenommen. In ihrer Wohnung fand man noch 3000 Franken. Die bei der Festnahme beschlagnahmten 23 000 Franken wurden eingezogen.

Verantwortlich: Kurt Schwerdtfeger, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.